

Argumente für eine gemeinsame Offensive der deutschen Wirtschaft zur Klimapolitik Internationaler Konzeptwettbewerb für „Effizientes Kyoto II“

Die deutsche Wirtschaft hat besonders gute Gründe, sich an die Spitze einer letztlich weltweiten Wirtschaftsinitiative für ein funktionierendes Klimawenderegime zu setzen. Sie würde davon aufgrund ihrer Marktführerschaft bei Ökoeffizienz-Technologien besonders profitieren. So war es kein Zufall, dass sich gerade aus Deutschland zahlreiche Unternehmen an einer Initiative des World Economic Forum beteiligten, mit der sich die CEOs von 24 Global Players an den G8-Gipfel 2005 in Schottland wandten. Sie forderten eine klare Begrenzung des weltweiten CO₂-Ausstoßes und einen sich daraus ergebenden weltweiten wettbewerbsneutralen Preis für dieses klimaschädliche Gas im Rahmen eines globalen Emissionshandelssystems, die Unterstützung der wirtschaftlichen und ökoeffizienten Entwicklung der aufstrebenden Länder und zusätzlich die gezielte Förderung aller klimafreundlichen Techniken und Verhaltensweisen.

Ganz auf dieser Linie schlagen wir heute vor, dass sich die deutschen Wirtschaftsverbände in einer gemeinsamen Initiative an die Bundesregierung wenden. Einer der konkreten Vorschläge kann dabei der Gedanke des Ökonomen Prof. Lutz Wicke sein, dass die Bundesregierung einen internationalen Konzeptwettbewerb ausschreiben möge zur Entwicklung eines klugen Nach-Kyoto-Protokolls.

Die Zeichen für eine Wende zu einer marktwirtschaftlich effizienten sowie unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten effektiven weltweiten Klimapolitik stehen aus unserer Sicht unter anderem aus folgenden Gründen so günstig wie lange nicht:

- Der ehemalige Chefökonom der Weltbank und jetzige britische Regierungsberater Jonathan Stern warnte in seiner kürzlich veröffentlichten Studie vor „unabsehbaren, verheerenden Schäden für die Weltwirtschaft“, wenn wir das Klimaproblem nicht schnell in den Griff bekommen.
- Kenneth Rogoff, Harvard-Professor und früherer Chefökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF), forderte in der Financial Times die Einführung einer globalen Emissionssteuer. Immer mehr Wirtschaftswissenschaftler unterstützen diese Idee.
- Der deutsche Umweltminister will eine industrielle Nachhaltigkeitsrevolution initiieren.
- Der deutsche Bundestag forderte in einer Entschließung vom 9. Oktober auf Antrag der Regierungsfractionen eine schonungslose Überprüfung des bisherigen Kyoto-Prozesses. Es sei zu offensichtlich, dass das Kyoto-Protokoll für die notwendige Klimawende längst nicht ausreicht, sondern im derzeitigen Trend zu einer Verdreifachung des Klimagasausstoßes bis 2030 führt.
- Und schließlich brachte der französische Premier Dominique de Villepin den Einsatz von EU-Strafzöllen ins Gespräch für Produkte aus jenen Ländern, die

sich auch künftig nicht am Kyoto-Prozess beteiligen wollen. Die französische Regierung will hierzu im kommenden Jahr eine einheitliche EU-Politik erreichen. Unter anderem EU-Industriekommissar Günter Verheugen stellte sich hinter diese Idee.

In dieser Situation entstand eine große Erwartungshaltung gegenüber der Bundesregierung, der EU, dem G8-Gipfel im kommenden Jahr sowie der Völkergemeinschaft insgesamt. Eine gemeinsame Initiative der deutschen Wirtschaft mit einem mutigen und klugen marktwirtschaftlichen Konzept kann hier besonders hilfreich sein.

Wie könnte, nach einer Übergangszeit, ein geeignetes Klimaregime aussehen? Ein zielführender Ansatz wird seit längerem mit dem Begriff der Klimagerechtigkeit diskutiert und z.B. explizit in der Klimadoppelstrategie der Landesregierung von Baden-Württemberg unterstützt. Dies ist ein globales Emissionshandelssystem mit gedeckelten Gesamtemissionen, weltweit, so wie von den USA immer wieder gefordert, das zugleich allen Menschen gleiche Emissionsrechte zugesteht, was von praktisch allen Schwellen- und Entwicklungsländern zur Voraussetzung für ihre Beteiligung gemacht wird. Ein sich aus dem Emissionshandel resultierender jährlicher Transfer erheblicher Finanzvolumina in die Schwellen- und Entwicklungsländer würde weltweit nachhaltigen Energien und Rohstoffen sowie Ökoeffizienz-Technologien zum Durchbruch verhelfen. Die Option, Grenzausgleichsabgaben zur Herstellung von fairen Marktbedingungen einzuführen, wenn sich Staaten ganz verweigern, könnte einen Konsens in der Sache befördern.

Jene Volkswirtschaften und jene Unternehmen, die sich schnell und eindeutig für eine funktionierende Klimawende einsetzen, werden in der letztlich unabwendbaren Kehrtwende zu einer nachhaltigen Weltwirtschaft klare Vorteile haben. Auf der Grundlage dieser Überzeugung haben wir uns zu dieser Initiative entschieden.